

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. jährlich 18,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postgebühren, Postämter und Geschäftsstellen sind zu befolgen. Im Krieg oder sonstiger Verhältnisse besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises. — Abrechnung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto befreit.

Angelpostenpreis: die 4-spaltige Hauptzeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 263 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postkod: Dresden 2640 Mittwoch, den 9. November 1932

Was nun?

Mit der politischen Tatsache allein, daß wir nun wieder einen Reichstag haben, läßt sich vorläufig nur schwer etwas anfangen, und die Reichsregierung, oder vielmehr in diesem Falle der Reichspräsident, wird sich kaum mit der Einberufung der neuen Volksvertretung irgendwie beeilen; wahrscheinlich wird auch diesmal wie nach der Wahl vom 31. Juli die Verfassungsbestimmung ausgenutzt werden, wonach der neugewählte Reichstag „zum ersten Male spätestens am dreißigsten Tage nach der Wahl“ zusammentritt. Das wäre also der 6. Dezember. Und man hat mithin vier Wochen Zeit zum — ja, wofür?

Natürlich wird — was bereits angekündigt ist — der Reichspräsident mit den Führern der neuen Reichstagsfraktionen sprechen. Aber heute liegen politisch-parlamentarisch die Machtverhältnisse in Deutschland ganz anders wie früher oder wie in anderen Staaten, wo aus dem Ergebnis einer Wahl zum Parlament auch die parlamentarischen Folgerungen gezogen werden müssen. Geschiehe das jetzt auch noch in Deutschland, so müßte der Reichstagskanzler, da er ja auch im neuen Reichstag eine überaus große oppositionelle Mehrheit gegen sich hat, nun nach der Wahl ebenso zurücktreten, wie dies zum letztenmal 1928 geschehen ist, als durch die damalige Wahl das Kabinett Marx seine Mehrheit verlor, mit der es über drei Jahre regiert hatte. Der Reichspräsident übertreibt daraufhin dem Führer der stärksten Fraktion die Kabinettsbildung, die allerdings erst nach wochenlangem Verhandeln zwischen den Fraktionen zustande kam. Aber schon 1930 war dies anders geworden. Das Kabinett blieb und stellte sich dem Reichstag; bei der Abstimmung über die Mißtrauensanträge der Opposition blieb diese in der Minderheit, so daß die Regierung damit, und zwar indirekt, der Bestimmung des Artikels 54 der Verfassung genügt hatte, wonach „der Reichstagskanzler und die Reichsminister zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags bedürfen“. Und ganz anders wurde dies im September 1932, als der Konflikt zwischen Regierung und neuem Reichstag zu offenem Ausbruch kam und die Auflösung herbeiführte, noch ehe dem Kabinett verfassungsgemäß das Mißtrauen votiert wurde. Die Auflösung durch den Reichspräsidenten erfolgte mit der Begründung, daß die Gefahr bestehe, der Reichstag würde die Aufhebung der letzten Notverordnung verlangen; hieran zu erinnern ist deshalb notwendig, weil die Opposition vermutlich auch im neuen Reichstag die gleichen Anträge stellen wird, andererseits der Artikel 25 der Verfassung bestimmt, daß der Reichspräsident den Reichstag „nur einmal aus dem gleichen Anlaß“ auflösen kann.

Nun hat sich der Wahlkampf seitens der Nationalsozialisten, des Zentrums und der Linksparteien scharf gegen das Kabinett Papen als solches oder, wenn man will, persönlich gewendet, während diese Opposition keineswegs geschlossen, z. B. etwa gegen alle Bestimmungen der Septembernotverordnung ist. Diese Gegnerschaft hat sich allerdings noch gesteigert nach den Ankündigungen, die der Reichstagskanzler selbst oder der Reichsinnenminister über die Pläne der Reichsreform gemacht hat. Schon erklärte der nationalsozialistische Führer unmittelbar nach der Wahl in schärfster Form der Regierung Papen den Krieg und lehnte jedes Verhandeln mit Herrn v. Papen ab, von anderer Seite hört man, daß die deutschnationale Partei „die Faust an der Gurgel der parlamentarischen Parteiwirtschaft habe“ und gar nicht daran denke, eine „Wiederbelebung des Weimarer Parlamentarismus über die Bildung einer parlamentarischen Regierung“ mitzumachen. Und obgleich der Nationalsozialismus ein Drittel der neuen Volksvertretung stellt, dürfte ihm der Reichspräsident ebensowenig oder noch viel weniger die unbedingte Macht in die Hände geben als nach dem Siege dieser Partei am 31. Juli. Andererseits mag auch beim Reichspräsidenten der Wunsch bestehen, der „Präsidentalregierung“ eine stärkere Verwurzelung im Volke bzw. in der Volksvertretung zu verschaffen, wo ja die politische Gegnerschaft gegen das Kabinett Papen auch bis tief in die Kreise der parlamentarischen Opposition hinein gerade bezüglich der wirtschaftlich-notverordnenden Tätigkeit für die Arbeitsbeschaffung doch einer teilweisen Billigung Platz gemacht hat. Und im übrigen sind die Bestimmungen der Notverordnung inzwischen soweit Wirklichkeit geworden, daß man einfach gar keine Möglichkeit für den Reichstag sieht, dieses ganze Notverordnungswerk in seinen wesentlichen Bestimmungen wieder aufzuheben.

Gerade aber diese Reichs- und Verfassungsreform scheint das Kabinett Papen zum Hauptinhalt seiner künftigen Innenpolitik machen und es daher auch dem Reichstag nach seinem Zusammentritt vorlegen zu wollen. Allerdings ist der betreffende Gesetzentwurf nicht in Arbeit, — und bis zum 6. Dezember ist Zeit genug, nach Verloben des Wahlsiegers Verhandlungen zwischen dem Reichspräsidenten und den Parteiführern einzuleiten, um zum mindesten zu versuchen, im Reichstag eine arbeitsfähige Mehrheit zu schaffen, wodurch dem gegenwärtigen Konflikt zwischen dem Kabinett und der Volksvertretung ein Ende bereitet würde. Denn die wirtschaftliche Aufbauarbeit verlangt nicht eine bloß anbefohlene, sondern eine wirkliche politische Ruhe.

„Kein Grund, den Kurs zu ändern!“

Der Kanzler über die Reichstagswahl

Der Kanzler hielt auf einem Essen der ausländischen Presse eine Rede, in der er u. a. folgendes ausführte: „Sie werden von mir zunächst eine Äußerung über die Lage erwarten, die durch den Ausgang der Reichstagswahl bedingt worden ist. Ich kann meinen Gesamteindruck dahin zusammenfassen: Eine erfreuliche Zunahme des Vertrauens für die Regierungsbereitschaft ist festzustellen. Keine Partei wird noch Berechtigung zu der Annahme haben, daß sie die Kleinherrschaft in Deutschland ausüben kann. Dagegen glaube ich die Hoffnung hegen zu dürfen, daß es nunmehr zu einer wirklichen nationalen Konzentration kommt; möge die erfreuliche Einigkeit, die das deutsche Volk heute in den großen Fragen der auswärtigen Politik durch alle Parteien hindurch befeuert, jetzt auch der Führung der Gesamtpolitik die notwendige breite Grundlage schaffen! Die sachlichen Ziele der Regierung, die Sie kennen, werden unverändert verfolgt werden.“

Ich habe Ihnen diese kurze Mitteilung über unsere Innenpolitik gemacht, weil ich das Interesse verstehe und würdige, das die öffentliche Meinung der Welt an unseren inneren Verhältnissen nimmt.

Deutschland bildet das Kampffeld zwischen dem Nationalismus des Westens und dem Irrationalismus des Ostens. Politischer Kampf ist bei uns zugleich ein Kampf der Weltanschauung. Schöpferisch kann deshalb in Deutschland heute mehr denn je nur eine Politik sein, die aus dem Glauben kommt.

Mancher, der heute im Auslande die Stärke unserer radikalen Strömungen mit Beforgnis verfolgt, wird sich freuen müssen, daß diese ihre stärksten Antriebe aus den politischen Methoden erhalten haben, die man seit 1918 von außen her gegen uns angewandt hat.

Wie soll eine Regierung das nötige Ansehen vor ihren Bürgern haben, wenn sie mit einseitigen Diskriminierungen gegenüber dem Auslande belastet und nicht imstande ist, ihnen das primitivste Lebensrecht, die Sicherheit nach außen hin, zu gewährleisten?

Aus diesem geschichtlichen Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik ergibt sich für das deutsche Volk die schicksalhafte Aufgabe

eine Gestalt für seine Staatsführung zu finden, welche den dauernden Notwendigkeiten seiner Lage in Mitteleuropa und den besonderen Schwierigkeiten seiner heutigen Situation in gleicher Weise entspricht.

Die erste Vorbedingung hierzu ist die Wiederherstellung der vollen Hoheit des Staates und die Einrichtung einer freien, mächtigen Regierungsgewalt. Eine solche autoritäre Staatsführung, meine Herren, steht nicht im Widerspruch zu dem Grundsatz der Demokratie, der wie in vielen Staaten der Welt auch die Grundlage unserer Verfassung bildet. Demokratie und Autorität sind keine Gegensätze, sondern notwendige Ergänzungen. In unserem deutschen Reichspräsidenten hat sich die Wahl durch die Mehrheit des Volkes, also ein Akt unmittelbarer Demokratie, mit der geschichtlichen Autorität seiner Person vereinigt. Den Entscheidungen, die von hier ausgehen werden, können wir mit Vertrauen und Zueversicht entgegensehen.

Sie werden mit mir der Ansicht sein, meine Herren, daß die Herstellung einer innerlich starken deutschen Staatsgewalt nicht nur eine Lebensnotwendigkeit für

Deutschland, sondern das zentrale Problem Europas

ist. Es wird nicht Ruhe und Frieden in Europa herrschen, bis man nicht dem deutschen Volke die lebensnotwendigen Voraussetzungen zugestanden hat, die ihm eine friedliche und sichere Entwicklung gewährleisten.

Wir verlangen die Gewährung der gleichen Rechte, die für alle anderen gelten, nicht als eine Gnade oder Wohlthat, sondern als unseren unverzichtbaren Anspruch.

Unser Weg wird der Weg friedlicher Verständigung sein.

Die Weltwirtschaftskrise

hat den katastrophalen Charakter nur annehmen können, weil die internationale Verschuldung und die Hemmnisse des Warenverkehrs sich gegenseitig in ihren krisenhaften Wirkungen steigerten. Unter diesem Gesichtspunkt kann die Aufgabe und Bedeutung der Weltwirtschaftskonferenz nicht hoch und entscheidend genug für eine weitere Erholung der Wirtschaftslage der Welt eingeschätzt werden.

Niemals wird die europäische Wirtschaft zur Ruhe kommen, niemals wird sie die für ihr Gedeihen sicheren Grundlagen erhalten, wenn nicht jene Konzeption einer einigen und friedlichen Völkergemeinschaft Wirklichkeit wird, die ich als das Endziel der deutschen Politik bezeichnet habe, und niemals wird dieses Endziel erreicht werden, wenn nicht die großen Grundzüge der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker auf allen Gebieten anerkannt und durchgeführt werden.

Meine Herren, Sie werden enttäuscht sein, wenn ich mich heute nicht zu dem neuen französischen Plan für Sicherheit und Abrüstung äußerte.

Der französische Plan

setzt anscheinend voraus, daß alle europäischen Festlandsstaaten gleichartige Heere erhalten. Das erscheint vom deutschen Standpunkt aus durchaus diskutabel. Die französische Regierung geht anscheinend davon aus, daß erst gleichartige Wehrverfassung und gleichartige Bewaffnung die Heere der verschiedenen Länder wirklich vergleichbar macht. Diesen Standpunkt erachte ich als einen großen Fortschritt. Die deutsche Regierung, die den Frieden wünscht, weil sie wie keine andere Nation der Welt der Segnungen des Friedens bedarf, stellt ihre Politik unter den Gesichtspunkt wirklicher, allgemeiner Abrüstung.

Sie wird jede Maßnahme begrüßen, welche die Defensivkraft im Gegensatz zur Angriffskraft stärkt und Deutschlands Anspruch auf gleiches Recht und gleiche Sicherheit verwirklicht. Aber wir werden nicht an einer Abrüstungskonvention mitarbeiten, solange wir nicht wissen, ob sie in ihrem ganzen Umfange für uns selbst Geltung haben soll.

Diese Hand für jede zur Mitarbeit bereite Partei.

In einer Unterredung mit dem Chefredakteur des Transocean-Nachrichtendienstes erklärte Reichstagskanzler von Papen über das Ergebnis der Reichstagswahlen, er betrachte die Verschiebungen nicht als ausreichenden Grund, den Kurs zu ändern, den die Regierung unbeeinträchtigt gesteuert habe. Das wichtigste Ergebnis der Wahl bestehe darin, daß die Mehrheit von Nationalsozialisten und Zentrum unmöglich sei ohne Hilfe der deutschnationalen Volkspartei. Vielleicht dürfte es doch möglich sein, eine Grundlage zu finden, auf der diejenigen Parteien, die für Gesetz, Ordnung und christliche Weltanschauung eintreten, sich zu gemeinsamer Arbeit vereinen können. Die Regierung sei gerne bereit, ihre Hand jedem einzelnen und jeder Parteilinie zu reichen, die guten Willens sei, loyal an der Lösung der nationalen Aufgaben mitzuarbeiten.

SA. und SS. im Saargebiet verboten

Von der NSDAP. wurde in diesen Tagen im Saargebiet ein Flugblatt mit scharfen Angriffen gegen die Regierungskommission verteilt. Die Regierungskommission hat nunmehr auf Grund der bestehenden Verordnung, wonach im Saargebiet militärische und militärähnliche Organisationen verboten sind, die SA. und SS. der NSDAP. verboten.

Völkischer Beobachter bis zum 14. November verboten.

Die in München erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung Der Völkische Beobachter ist mit sofortiger Wirkung bis zum 14. November verboten worden. Das Verbot wurde von der Münchener Polizeidirektion auf Grund der Notverordnung vom 14. Juni 1932 ausgesprochen, und zwar wegen eines Artikels, der in der Ausgabe vom 6. und 7. November unter der Überschrift: „Herr von Papen hält eine von Verunglimpfungen gegen Adolf Hitler strotzende Rumpfsunrede“ veröffentlicht wurde.



Reichstagskanzler von Papen vor der ausländischen Presse. Unser Bild berichtet von dem Empfang der ausländischen Presse beim Reichstagskanzler (von links): Reichsaussenminister von Neurath im Gespräch mit einem ausländischen Journalisten — der Presseattaché der spanischen Botschaft, Rodino — Reichstagskanzler von Papen in der Unterhaltung mit dem Vorsitzenden des Verbandes der ausländischen Presse, Bockstijl.